

Pressemitteilung vom 27.06.2022

Höchste Zahl von Toten innerhalb eines Tages an der Landgrenze zwischen Europa und Afrika

An der Grenze zur spanischen Exklave Melilla sind am vergangenen Wochenende mindestens 37 Menschen gestorben, weil sie in der Europäischen Union Schutz gesucht haben. Das ist die höchste Zahl von Menschen, die innerhalb eines Tages an einer Landgrenze zwischen Europa und Afrika gestorben sind.

„Als Rechts- und Wertegemeinschaft hat die Europäische Union in der Asylpolitik längst abgedankt: Illegale Zurückweisungen und Misshandlungen von Schutzsuchenden an den EU-Außengrenzen sind zum furchtbaren Alltag geworden, von den Mitgliedstaaten und der EU-Kommission akzeptiert. Dass die EU jetzt auch noch Leichenberge an ihren hochgerüsteten Grenzzäunen in Kauf nimmt, muss alle entsetzen, die noch einen Funken Humanität und Gerechtigkeitssinn in sich spüren“, erklärt Clara Bünger, fluchtpolitische Sprecherin der Linksfraktion. Bünger weiter:

„Die schrecklichen Ereignisse in Melilla müssen endlich zu einem Innehalten und Kurswechsel in der EU-Asylpolitik führen. Fast 50.000 Todesfälle wurden seit 1993 an den EU-Außengrenzen registriert, hinzukommen vermutlich zehntausende weitere ungezählte Tote im Mittelmeer oder in der Sahara. Thomas de Maizière hat als damaliger Innenminister die furchtbaren Worte geprägt, 'wir' müssten 'jetzt einige Wochen ein paar harte Bilder aushalten', denn der Ansatz des EU-Türkei-Deals sei richtig.

Dem muss klar widersprochen werden! Nein, diese Politik und die Bilder, die sie produziert, sind das Ergebnis einer Migrationskontrollpolitik, die auf Externalisierung, Militarisierung und Entrechtung setzt. Auf die jetzigen Ereignisse dürfen nicht nur Entrüstungen und Erschütterung über die Bilder folgen, sondern es muss auch endlich ein anderes Handeln im Sinne einer menschenrechtbasierten Asylpolitik folgen. Deutschland und die EU dürfen hier nicht untätig bleiben, sie müssen die spanische Regierung auffordern, EU- und Menschenrechte einzuhalten und den Tod der schutzsuchenden Menschen unabhängig und lückenlos aufzuklären.

Europa kann Millionen Menschen würdevoll aufnehmen, schützen und versorgen und ihnen die Chance eines Neuanfangs geben, wie die Aufnahme der Geflüchteten aus der Ukraine eindrucksvoll zeigt. Wir müssen für Menschen aus dem globalen Süden Möglichkeiten der legalen Migration schaffen, und zwar nicht nur für Hochqualifizierte im nationalen Eigeninteresse, wie es derzeit geschieht. Schutzsuchende brauchen sichere und legale Einreisemöglichkeiten und faire Asylverfahren, keine Aufnahmelager, Inhaftierungen und unwürdige Schnellverfahren an der EU-Außengrenze, wie es geplant wird. Menschenrechte gelten, wie der Name schon sagt, für alle Menschen, und nicht exklusiv in wenigen privilegierten Ländern.“

Clara Bünger
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Sprecherin für Flucht- und Rechtspolitik
clara.buenger@bundestag.de
clarabuenger.de

Clara Bünger
Die Linke